

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Besucher*innen und Medienvertreter*innen,

Die Linksfraktion begrüßt den Vorschlag der SPD-Fraktion, den Bürgerhaushalt zu stärken und die Bürgerinnen und Bürger auf der Ebene der Bezirksvertretungen zu beteiligen. Durch die Einbindung von Netzwerken, Vereinen und Verbänden vor Ort kann die Motivation der Bevölkerung an der Gestaltung des Bürgerhaushaltes teilzunehmen, verbessert werden. Voraussetzung hierfür ist aber, dass die Verwaltung voll hinter dem Konzept steht und sich aktiv engagiert, damit es tatsächlich zu einer quantitativen und qualitativen Verbesserung der Bürgerbeteiligung kommt.

Auf keinen Fall darf die neue Form der Bürgerbeteiligung eine Pseudoveranstaltung werden wie das bisherige Modell, das eigentlich nur ein Vorschlagsverfahren war. Das im SPD-Antrag geforderte Konzept muss ein qualifiziertes Verfahren beinhalten, das sicherstellt, dass die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld und in der Bezirksvertretung ausreichend behandelt werden. Weil letztlich der Rat der Stadt den Haushalt beschließt, muss außerdem geklärt sein, dass die Stadtverordneten die Vorschläge aus den Bezirksvertretungen auch umsetzen. Es nützt nichts, wenn sich die Bürger vor Ort die Mühe machen und sich einbringen und dann ihre Vorschläge durch den Rat abgelehnt werden.

Für uns stellen sich aber eine Reihe von Fragen, die wir gern beantwortet haben möchten. Wer soll die Diskussion in den Bezirken moderieren? Werden dies Mitarbeiter der Verwaltung oder Personen aus der Politik sein? Wird es entsprechende Mobilisierungskampagnen geben, um die Bürger*innen zur

Teilnahme aufzurufen? Wer wird über die entwickelten Vorschläge entscheiden? Sind dies die Bezirksvertreter*innen?

Nach Vorstellung der Ratsfraktion DIE LINKE sollten beispielsweise die Ratsmitglieder im Vorfeld eine Vereinbarung treffen, die garantiert, dass Vorschläge zum Bürgerhaushalt aus den Bezirken, nur dann nicht beschlossen werden, wenn sie gegen geltendes Recht verstoßen. Solche Vereinbarungen haben andere Städte, die Bürgerhaushalte haben, auch getroffen, wie z.B. die Stadt Köln.

Die Ratsfraktion DIE LINKE wird daher dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen, weil sie davon ausgeht, dass die offenen Fragen zur Zufriedenheit aller geklärt und die Forderung nach einer verbindlichen Absprache zur Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge erfüllt werden.

Es gilt das gesprochene Wort.

Gelsenkirchen, den 16.02.2017

Martin Gatzemeier